

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Ausbildung am Oberrhein

Plenarsitzung vom 27. November 2006

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung am 27. November 2006 und auf Antrag der Kommissionen „Kultur, Jugend, Ausbildung“ und „Wirtschaft, Arbeitsmarkt“,

1. sieht in der Weiterentwicklung von Möglichkeiten für grenzüberschreitend ausgerichtete Bestandteile beruflicher und akademischer Ausbildung eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Oberrheinregion zu einem einheitlichen Lebensraum und für eine Stärkung der Berufschancen der jungen Menschen am Oberrhein, würdigt das Engagement der Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftskammern und Handwerkskammern am Oberrhein im Bereich der grenzüberschreitenden Ausbildung und spricht sich dafür aus, in enger Abstimmung mit den Kammern diese Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Ausbildung zu verfolgen,
2. spricht sich für die Weiterentwicklung von Modellen grenzüberschreitender beruflicher Ausbildung aus, mit denen bi- und trinationale berufliche Qualifikationen erworben werden können, und verweist hierzu unter anderem auf die Initiative der Berufsbildenden Schule Kehl zur Erlangung binationaler Abschlüsse für bestimmte Ausbildungsgänge,
3. unterstreicht, dass er diese Modelle für bi- und trinationale Ausbildungen und Abschlüsse sowohl im Rahmen der akademischen, wie etwa der trinationalen Ingenieurausbildung als auch der beruflichen Ausbildung für wünschenswert hält,
4. schlägt die Einrichtung einer „Praktikantenbörse“ am Oberrhein vor, die jungen Menschen vor ihrer Berufs- oder Studienwahl oder im Rahmen ihrer beruflichen oder akademischen Ausbildung ein Praktikum in der Nachbarregion vermitteln soll,
5. schlägt vor, grenzüberschreitend zwischen Ausbildungsbetrieben „Ausbildungspartnerschaften“ sowie zwischen Auszubildenden „Ausbildungsstandems“ zu bilden, um den auszubildenden Betrieben eine Vertretung für die am Praktikum teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ermöglichen und schlägt die Vermittlung dieser „Ausbildungspartnerschaften“ auch als Aufgabe einer Praktikantenbörse vor,
6. plädiert dafür, sowohl Wirtschaft und Ausbildungsbetriebe als auch Auszubildende, Schüler und junge Berufstätige verstärkt über die Möglichkeiten grenzüberschreitender beruflicher Qualifikationen zu informieren und für die Beteiligung an diesen Zusatzqualifikationen verstärkt zu werben,
7. sieht, dass Mobilität für Teilnehmer grenzüberschreitender Ausbildungsabschnitte ein Problem darstellen kann und regt an, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Mobilität von Teilnehmern an grenzüberschreitenden Praktika und Ausbildungsabschnitten konkret unterstützt werden kann,
8. spricht sich für einen weiteren Ausbau der Schulpartnerschaften und Schulkontakte zwischen den Nachbarregionen am Oberrhein aus,
9. bewertet die Erfahrungen mit dem Projekt „Euregio-Zertifikat“, das Ausbildungsabschnitte im grenznahen Ausland ermöglicht, sehr positiv, und spricht sich dafür aus, dieses Projekt auch nach Beendigung der Interreg-III-Förderung fortzuführen,
10. spricht sich dafür aus, im Rahmen des Programms „Ziel 3 Europäische territoriale

Zusammenarbeit Oberrhein“ ein Projekt durchzuführen, das die Entwicklung und Unterstützung von Modellen und Strukturen grenzüberschreitender beruflicher Ausbildung, darunter auch die Einrichtung einer Praktikantenbörse und die weiteren genannten Maßnahmen, zum Inhalt hat,

11. wünscht, dass die Industrie- und Handelskammern federführend für die notwendige Entwicklung der grenzüberschreitenden Ausbildung sind und diesbezüglich ein Projekt im Rahmen des Programms INTERREG IV A anmelden,
12. unterstreicht die Bedeutung der Sprachkompetenz in beiden Nachbarsprachen Deutsch und Französisch als Grundlage der grenzüberschreitenden Ausbildung und spricht sich dafür aus, die Vermittlung der beiden Nachbarsprachen im Rahmen der gesamten schulischen Ausbildung weiter auszubauen.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- die Regierung der Französischen Republik
- die Région Alsace
- die Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura
- die Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftskammern und Handwerkskammern am Oberrhein